

Antrag

der Abgeordneten Matthias Seestern-Pauly, Katja Suding, Nicole Bauer, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Sandra Bubendorfer-Licht, Dr. Marco Buschmann, Britta Katharina Dassler, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Peter Heidt, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Manuel Höferlin, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Dr. Christian Jung, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Dr. Lukas Köhler, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Till Mansmann, Alexander Müller, Dr. Martin Neumann, Bernd Reuther, Dr. Wieland Schinnenburg, Frank Sitta, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Linda Teuteberg, Michael Theurer, Stephan Thomae, Dr. Florian Toncar, Gerald Ullrich, Johannes Vogel (Olpe), Sandra Weeser, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Europäische Jugendaustausche jetzt stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Europa ist mehr als eine Ansammlung von Staaten. Europa ist ein Versprechen. Insbesondere in Zeiten von außergewöhnlichen Maßnahmen wie vorübergehenden Grenzschließungen wird klar, dass Europa von freien Bürgern gelebt wird.

Besonders für die Jugend ist Europa Zukunftsversprechen und Selbstverständlichkeit zugleich. Der Gedanke, sich nicht wie selbstverständlich heute in Amsterdam oder morgen in Vilnius niederlassen zu können, ist für die nachwachsende Generation dankenswerterweise ebenso absurd, wie die Tatsache, dass es zwischen Ost- und Westdeutschland eine innerstaatliche Grenze gegeben hat.

Um Europa erlebbar und erfahrbar zu machen, gibt es bereits viele hervorragende Angebote, die auch rege genutzt werden. Daher ist es richtig, dass Programme wie das „Erasmus+“-Programm gestärkt werden, wie auch die Fraktion der FDP im Deutschen Bundestag bereits gefordert hat (vgl. BT-Drs. 19/17516: „Europäische Bildungsmobilität stärken – Erasmus ausbauen und Großbritannien als Programmland halten“). Andere sehr erfolgreiche Initiativen wie beispielsweise die Jugendwerke zeigen seit ihrem Anbeginn, dass Austausch und Begegnung entscheidende Faktoren für das Zusammenwachsen Europas sind.

Welche Wirkung eine sich selbstvergewisserte und aktive Zivilgesellschaft in Europa entfalten kann, zeigt sich besonders in der Initiative „DiscoverEU“, welche kostenlose

Interrail-Tickets an 18-jährige EU-Bürgerinnen und EU-Bürger verlost. Die Idee zu dieser Initiative kam aus der Mitte der europäischen Bürgergesellschaft. Die angekündigte Ausweitung des „DiscoverEU“-Programms im Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU ist daher zu begrüßen und zu unterstützen. Diese und andere Erfolgsgeschichten müssen fortgeschrieben werden.

Doch noch zu häufig werden Projekte und Programme für grenzüberschreitenden Austausch und innereuropäische Mobilität als Angebote für diejenigen Jugendlichen gesehen, die bereits ein besonderes Interesse und Motivation mitbringen, um aktiv nach Möglichkeiten europäischen Engagements zu suchen.

Ein Grund hierfür ist zum einen, dass diese Projekte und Programme zu wenigen bekannt sind, und zum anderen, dass sowohl die Informationen als auch die Antragsverfahren dezentral zur Verfügung stehen und somit eine Hemmschwelle für die Nutzung bestehender Strukturen und Angebote darstellen.

Die Angebote müssen besser sichtbar werden, wofür Informationskampagnen alleine aber nicht ausreichen. Die Kenntnis von Projekten und Programmen, die das europäische Miteinander fördern, müssen vielmehr Bestandteil der Lebenswirklichkeit und des Alltags von jungen Menschen werden. Kinder und Jugendliche müssen mit der Selbstverständlichkeit aufwachsen, dass Europa ihnen offensteht. Nur so kann Interesse geweckt und Motivation gestützt werden, die eigenen Rechte als EU-Bürgerin und EU-Bürger in Anspruch zu nehmen und sie damit auch zu leben. Um die Effektivität von Informationsangeboten zu erhöhen, ist eine zentrale Plattform ausschlaggebend. Ein Online-Portal, wo alle Programme und Antragsmodalitäten zu finden sind, gibt allen die Möglichkeit, das für die eigenen Lebensumstände passende Angebot zu entdecken. Dabei geht es nicht nur um eine Vereinfachung der Bürokratie und eine verbesserte Angebotskommunikation, sondern auch darum, dass eine zentrale Plattform jungen Menschen bei der Pflege von „Peer“-Netzwerken hilft, in denen sie sich vernetzen und Erfahrungen auszutauschen, sich gegenseitig unterstützen und organisieren können.

Informationen über Möglichkeiten, eigene europäische Rechte zu verwirklichen, sind ein Startpunkt. Besonders für Zielgruppen, welche nicht typischerweise Angebote des Austausches in Anspruch nehmen, ist jedoch das Erleben Europas ein Schlüsselement. Ein natürlicher Ansatzpunkt, um möglichst allen Kindern und Jugendlichen durch Erleben Chancen aufzuzeigen, ist das Bildungssystem. In allen Schulformen und Altersstufen eröffnen digitale Technologien neue Möglichkeiten, um Europa niedrigschwellig erfahrbar zu machen. So kann ein „Europäisches Klassenzimmer“ durch die Nutzung von Video-Calls und digital gestützter, grenzübergreifender Projektarbeit einen wichtigen Beitrag leisten. Wenn der Französischunterricht über eine Videokonferenz direkt aus Frankreich kommt, wenn Jugendliche in Polen gemeinsam ein Projekt mit ihren Mitschülern in Nordrhein-Westfalen bearbeiten, dann lebt die europäische Idee und leistet einen immensen bildungspolitischen Beitrag. Als Modellprojekt ausgestaltet, sollte das Konzept des länderübergreifenden Unterrichts in Form des „Europäischen Klassenzimmers“ in möglichst vielen Schulformen erprobt werden.

Eine begleitende wissenschaftliche Evaluation des Modellprojekts könnte eine fundierte Beratungsgrundlage für die Kultusministerkonferenz (KMK) der Länder liefern. So würde überprüft, ob und wie das Konzept „Europäisches Klassenzimmer“ in die jeweiligen Rahmenlehrpläne eingebunden werden kann. Denn digitalen Unterricht ausschließlich im nationalen Rahmen zu denken, ist nicht sinnvoll und wird seinem enormen Potenzial nicht gerecht.

Eine Bündelung, Vernetzung und Bildung ist daher dringend notwendig, um Kindern und Jugendlichen europäische Rechte und Werte als Chancenangebot zu vermitteln, gerade auch im Hinblick auf die Einschränkungen der Freizügigkeit infolge der Corona-Pandemie.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. dem Deutschen Bundestag einen Plan zur Errichtung einer zentralen Datenbank für europäische Jugendmobilitätsprogramme und anderweitige Projekte der Europäischen Union mit Bezug zu Kindern und Jugendlichen vorzulegen, welche modular um regionale Initiativen erweitert werden kann und diese Datenbank über partizipative Elemente, wie zum Beispiel ein „Peer-Netzwerk“, zu einer Plattform auszubauen;
 2. wo noch nicht erfolgt, in einem ersten Schritt mit den Anrainerstaaten der Bundesrepublik Deutschland in Gespräche über die Errichtung weiterer Jugendwerke zu treten und in einem zweiten Schritt dies auf alle weiteren europäischen Mitgliedstaaten auszuweiten;
 3. in den Verhandlungen über den MFR der EU die Mittelerhöhung für das Programm „DiscoverEU“ zu unterstützen;
 4. gemeinsam mit der KMK ein Modellprojekt „Europäisches Klassenzimmer“ mit begleitender wissenschaftlicher Evaluation zu initiieren und die Ergebnisse der wissenschaftlichen Evaluation in der KMK vorzustellen;
 5. im Einvernehmen mit den Ländern darauf hinzuwirken, dass Schulpartnerschaften auch unter den Bedingungen einer neuen Corona-Normalität unterstützt und ausgebaut werden.

Berlin, den 11. Juni 2020

Christian Lindner und Fraktion

